

BDS.

www.bds-dgv.de

September 2017

Der Selbständige

Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen e.V.



Großabnehmerrabatt
ABRUFSCHEIN
Sonderkonditionen
für Neuwagen
der Marke Toyota
Seite 15



BDS-Regional
BENE MERITUS
BDS Brandenburg mit
der Ehrenmedaille der
Stadt Skwierzyzna geehrt
Seite 16



Die Mittelschicht entlasten

Jens Spahn sieht begrenzten Spielraum für Steuersenkungen und will erfolgreiche Finanzpolitik fortsetzen – Kritik an Steuerplänen der SPD



BranchenLösungen
leben.

Branchen im Fokus.

Betriebliche Altersversorgung – individuelle Lösungen für Ihre Branche im Fokus.

Sie sind Arbeitgeber?

Und wollen Ihren Arbeitnehmern eine betriebliche Altersversorgung anbieten, die sowohl die Belange Ihrer Branche berücksichtigt als auch attraktiv ausgestaltet ist? Dann entscheiden Sie sich für die Allianz. Gestalten Sie mit uns gemeinsam den perfekten Rahmen für die Vorsorge Ihrer Mitarbeiter.

Sie sind Arbeitnehmer?

Und wollen eine attraktive Betriebsrente? Eines steht fest: Mit der Allianz an Ihrer Seite haben Sie einen starken Partner, der Sie beim Aufbau Ihrer individuellen Altersvorsorge gemeinsam mit Ihrem Arbeitgeber unterstützt.



Alle Vorteile unter:
business.allianz.de/branchenloesungen



„Flüchtlinge“ als Wahlkampfthema? Ja, bitte!

von Dr. Hugo Müller-Vogg

Martin Schulz ist fleißig; ständig produziert er neue Ideen. Doch an einer vertieften Diskussion darüber hat er kein Interesse. Noch weiß niemand, wie teuer sein vor einer Woche vorgeschlagenes „Chancenkonto“ mit 5.000 bis 20.000 Euro für Jedermann kommen würden (800 Milliarden Euro oder „nur“ 200?). Gleichwohl zündet er bereits die nächste Wahlkampftraktete: Kritik an der Flüchtlingspolitik der Regierung Merkel/Gabriel von Herbst 2015, verbundenen mit der Forderung, die ins Land strömenden „Flüchtlinge“ auf ganz Europa zu verteilen – mit Ausnahme der bisher schon sehr aufnahmewilligen Bundesrepublik.

Kleiner Einschub: Es ist natürlich Etikettenschwindel, die nach Europa strömenden Menschen pauschal als Flüchtlinge zu bezeichnen. Der Begriff trifft auf Asylsuchende zu, die nicht über ein sicheres Drittland kommen, und auf Schutzsuchende nach der Genfer Konvention. Die meisten sind aber keine Flüchtlinge, sondern illegale Immigranten.

Zum Schulz'schen Flüchtlings-Wahlkampf ist dreierlei zu sagen: So berechtigt die Kritik an Merkels Politik der offenen Grenzen war und ist, so unehrlich ist es, so tun, als hätten die SPD-Bundesminister – allen voran Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel – die unkontrollierte Zuwanderung nicht mitgetragen. Zweitens wäre zu fragen, wie wohl der „Willkommensrausch“ vom Herbst 2015 ausgefallen wäre, wenn damals SPD und Grüne oder gar Rot-Rot-Grün regiert hätten? Der „Rausch“ würde wohl heute noch anhalten: ohne EU-Türkei-Abkommen und ohne sichere Herkunftts-



Hugo Müller-Vogg war Mitherausgeber der *FAZ*, *Bild*-Kolumnist und ist heute gefragter Gesprächspartner der Nachrichtensender *n-tv*, *N24* und *Phoenix*

staaten auf dem Westbalkan und in Nordafrika. Und drittens ist der Vorschlag von Schulz, EU-Länder sollten für die Aufnahme von Flüchtlingen mit Geld belohnt oder bei Verweigerung durch Entzug von EU-Mitteln bestraft werden, weder neu noch realistisch. Als Parlamentspräsident hat Schulz das schon vor langer Zeit gefordert – und nichts bewirkt.

Dennoch: Schulz hat Recht, das Thema „Flüchtlinge“ zu thematisieren. Erstens kommen nach wie vor viele Asylsuchende zu uns: Im 1. Halbjahr 2017 wurden 90.389 registriert. In der zweiten Hälfte könnten es deutlich mehr werden, falls Italien – wie schon angedroht – die vielen Bootsflüchtlinge einfach nach Norden durchwinkt, wie das 2015 und 2016 der Fall war. Deshalb soll, ja muss darüber diskutiert und gestritten werden,

was diese unkontrollierte Zuwanderung für uns bedeutet: organisatorisch, finanziell und kulturell. Vor allem aber: Wie kann, soll, muss dieses Land damit umgehen, dass mit dem Zuzug zahlreicher nicht integrationswilliger Menschen aus fremden Kulturkreisen die ohnehin vorhandenen Parallelgesellschaften anwachsen? Und dass die Zahl der „Mitbürger“, die unsere Lebensweise, unsere Kultur, unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat fundamental ablehnen, weiter wächst? Wann, wenn nicht im Wahlkampf, ist die Zeit für solche Debatten?

Kaum hatte Schulz das Thema „Flüchtlinge“ angesprochen, wurde davor gewarnt, Wahlkampf „auf dem Rücken von Flüchtlingen“ zu führen. Mit demselben moralischen Unterton wird auch jede Form von Rentwahlkampf abgelehnt. Nun ja, auch unsere Haltung zu Putin oder Erdogan darf nach diesen Maßstäben eigentlich nicht thematisiert werden, weil es einerseits Menschen verunsichern und zweitens die hier lebenden Russen und Türken belasten könnte. Es wäre zum Lachen, wenn es nicht so traurig wäre: dass manche Schönredner in verschiedenen politischen Lagern den Wahlkampf entpolitisieren und zu einem gutmenschlichen Stuhlkreis umfunktionieren möchten. Nein: Wir haben Wahlkampf, und da muss gekämpft werden – und zwar um die besten Lösungen der drängenden Fragen. Da gehört die unkontrollierte Zuwanderung ebenso dazu wie die ungewisse Zukunft des Rentensystems nach 2030.

Wahlkampfweisheit zum Tage: Jedes Ding hat bekanntlich zwei Seiten. Aber man kann nicht für beide sein. ■

Erstveröffentlichung: www.tichyseinblick.de und www.huffingtonpost.de

eset ENJOY SAFER TECHNOLOGY™

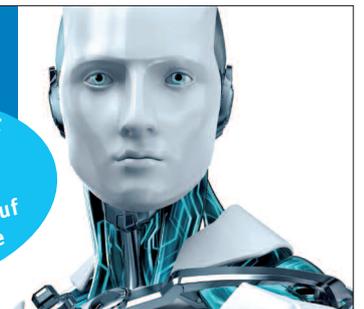
Nicht nur das K6 Medien Team setzt auf ESET-Software, sondern weltweit mehr als 100 Millionen zufriedene Kunden. Seit über 27 Jahren sorgt die Technologie von ESET für eine sichere digitale Welt. Die Technologie von ESET ist mit 58 Auszeichnungen Rekordhalter bei den begehrten VB100 awards.

Darüber hinaus bieten die ESET-Spezialisten kostenlosen Support für alle gängigen Systeme wie Windows, MAC OS X, Linux oder Android, – als Einzelversion oder als Paket mit bis zu fünf Plätzen und bei Bedarf sogar darüber hinaus.

Exklusiv
für BDS Mitglieder
10%
Vergünstigung auf
ESET-Software

K6 MEDIEN ■
MEHR ALS NUR EINE WERBEAGENTUR!

(0231) 33874133
info@k6-medien.de



Grafik | Print | Softwarelösungen | Web | Business View | IT-Solution

www.k6-medien.de

Ein starkes Stück Deutschland

von Staatssekretär a. D. Friedhelm Ost

Die Wirtschaft befindet sich in einem ständigen Wandel. Branchen und Betriebe verschwinden, neue Fertigungsprozesse entstehen, andere Vertriebswege werden beschritten, viele Innovationen werden durchgesetzt. Dynamik und Flexibilität sind heute und morgen mehr denn je gefordert. Das Tempo der Veränderungen nimmt weiter zu. Darauf müssen sich Unternehmer und Arbeitnehmer einstellen, um zum einen ihre Betriebe auf Kurs zu halten und zum anderen Beschäftigung zu sichern. Wenn die Bereitschaft und Fähigkeiten zum Wandel fehlen, drohen Gefahren – bis hin zur Pleite von Firmen und zum Verlust von Arbeitsplätzen.

Leistungsstarke Unternehmen

Die deutsche Volkswirtschaft hat den notwendigen Strukturwandel seit der Finanz- und Bankenkrise 2008/2009 gut geschafft. Die Wettbewerbsfähigkeit ist durchweg gestiegen, viele neue Start-Up-Firmen sind gegründet worden, über drei Mio. Arbeitsplätze wurden geschaffen. Maschinen, Anlagen, Automobile und viele andere Waren „made in Germany“ werden auf den Auslandsmärkten mit Erfolg verkauft: Die Exporte erreichten im letzten Jahr das Rekordergebnis von rund 1.200 Mrd. €; dagegen lagen die deutschen Einfuhren nur bei etwa 950 Mrd. €. Der Ausfuhrüberschuss stieg auf mehr als 250 Mrd. €, was in vielen anderen Ländern – in Frankreich ebenso wie in den USA – heftige Kritik auslöste.

Der große strukturelle Vorteil der deutschen Volkswirtschaft ist der leistungsstarke Mittelstand mit seinen über vier Mio. Betrieben, die in der Produktion,

als Zulieferer, Dienstleister, Händler, Handwerker und Freiberufler aktiv sind. Damit stellen diese mittleren und kleinen Firmen rund 90% aller Unternehmen. Der Mittelstand bildet fast 75% der jungen Menschen aus und beschäftigt über 50% der Erwerbstätigen. Die Sozialpartnerschaft in diesen Betrieben wird zumeist im persönlichen Miteinander gepflegt, während in den Konzernen und großen Firmen vielfach die Beziehungen der Kapitalgeber und Vorstände zu ihren Mitarbeitern anonym sind.

Garanten der Marktwirtschaft

Mittelständler sind die Garanten unserer Sozialen Marktwirtschaft – vor allem mit ihren großen Leistungen, die sie mit ihren Mitarbeitern erbringen – und zwar in einem harten Wettbewerb, nicht nur mit den regionalen und nationalen, sondern auch vielfach mit den globalen Konkurrenten.

Nicht wenige Unternehmen des Mittelstandes sind übrigens echte „hidden champions“ – mit Exportquoten von 70, 80 oder sogar 90 % ihrer Umsätze, die sie auf fernen Märkten machen. Das ist nur mit Innovationen, mit Spezialitäten, mit hoher Qualität und bestem Service möglich.

Mittelständler sind die echten

dynamischen Unternehmer – ganz im Sinne von Joseph A. Schumpeter: Denn sie verändern ständig ihr Angebot und die Strukturen oder sie wagen etwas ganz Neues.

Und für die Risiken, die sie eingehen, haften diese mittelständischen Unternehmer ganz persönlich – im Falle eines Falles bis zum Unterhemd. Das unterscheidet sie von den Managern in den Vorständen der Konzerne und großen Unternehmen, die im Falle eines Falles nach staatlicher Hilfe rufen, die oft genug viel zu hohe Millionen-Vergütungen erhalten und die selbst ihr unternehmerisches Scheitern häufig noch mit hohen Abfindungen „vergoldet“ bekommen.

Gift für den Mittelstand

Mittelständler leben nicht auf einer „Insel der Glückseligkeit“. Vielmehr sind sie von den nationalen und internationalen Entwicklungen zumeist direkt oder indirekt betroffen. Niemand kann die vielfältigen Unsicherheiten übersehen.

Nicht nur die politischen Unsicherheiten sind einzukalkulieren, sondern vor allem auch die globalen ökonomischen Veränderungen. Da sind die Gefahren von Außenhandelsrestriktionen

gerade für den Mittelstand nicht gering zu schätzen, denn sie sind von möglichst freien Exporten und auch Importen abhängiger als die meisten anderen Staaten dieser Welt und die Konzerne, die global investiert haben und über Tochterfirmen in vielen Regionen in der Welt verfügen. Hinzu kommt, dass wir uns derzeit in einer der größten ökonomischen und sozialen Revolutionen befinden.

Herausforderung Digitalisierung

Die Digitalisierung ist ein Megatrend, sie führt mit dem Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien in allen Bereichen zu Umwälzungen in Produktion und Technik.

Die Digitalisierung wird alles verändern. Ganze Wertschöpfungsketten werden verschwinden – und damit auch bisherige Betriebe und Arbeitsplätze. Diese neue Welt der Digitalisierung, die derzeit vor allem von US-Firmen wie Google, Alphabet, Facebook, Apple oder Amazon dominiert wird, ist die größte ökonomische Revolution, auf die sich nahezu alle so schnell wie möglich einstellen müssen.

Die Digitalisierung bietet gerade auch für Deutschland und den Mittelstand große Chancen. Experten gehen davon aus, dass in Zukunft mehr als 50 % der wesentlichen Geschäftsprozesse von Unternehmen in irgendeiner Form mit dem „Internet der Dinge“ vernetzt sein werden. Sensoren und Roboter, Drohnen, Machine-Learning, 3D-Drucker, künstliche Intelligenz – darauf gilt es sich einzustellen, insbesondere auch im Mittelstand.

Mittelständler sind zumeist auch selbstständige Unternehmer. Diese Bezeichnung ist durchaus zutreffend, denn diese Mittelständler arbeiten wirk-

Friedhelm Ost

leitete die ZDF-Wirtschaftsredaktion, bevor er unter Helmut Kohl Regierungssprecher und schließlich CDU-Abgeordneter im Bundestag wurde. Heute ist Ost weiter als Journalist und in der Politik- und Wirtschaftsberatung tätig.



lich selbst und ständig; sie unternehmen etwas und sind nicht Unterlasser. Ihre Leistungsbereitschaft kennt nahezu keine Grenzen; das gilt auch für ihre Leidenschaft, mit der sie gemeinsam mit ihren Mitarbeitern entwickeln und tüfteln, Kunden beraten, produzieren und liefern sowie Dienstleistungen erbringen.

Verbesserte Rahmenbedingungen

Von diesen Leistungen des Mittelstandes profitieren unsere Wirtschaft und Gesellschaft in hohem Maße. Denn mehr Wachstum sichert zum Beispiel Arbeitsplätze und schafft neue Beschäftigung.

Dafür sind gewaltige Leistungen und Anstrengungen sowie

Investitionen erforderlich, dazu müssen unternehmerisches Können und qualifizierte Mitarbeiter ihren Beitrag leisten. Wichtig, ja entscheidend, sind vor allem auch die politischen Rahmenbedingungen. Wer dem Mittelstand immer neue Lasten wie einem Esel aufbürden will, der wird am Ende weniger Wachstum und Beschäftigung erzielen, der wird Pleiten, mehr Arbeitslose und weniger Einnahmen für den Staatshaushalt und die Sozialsysteme generieren. Mit einer Klassenkampfstimmung und Neidkampagne werden Mittelständler eher verschreckt denn ermutigt. Forderungen nach einer Wiederbelebung der Vermögensteuer und einer kräftigen Verschär-

fung der Erbschaftssteuer sowie die Ablehnung jeder Senkung der Einkommensteuer werden Dynamik und Leistungsfreude mittelständischer Unternehmer gewiss nicht beflügeln. Ebenso sind die Rufe nach weiteren sozialen Wohltaten, die insbesondere die Unternehmen zu schultern hätten und die Arbeit in Deutschland noch teurer machen würde, eher mittelstandsfeindlich. Denn der Mittelstand arbeitet in der Regel sehr personalintensiv und hat deshalb einen hohen Lohnkosten-Anteil. Vielmehr sollten zur Förderung des Mittelstandes Verbesserungen der Rahmenbedingungen geschaffen werden: Angefangen bei einer steuerlichen Förderung von Forschung und Innovationen

über Absenkung der Einkommensteuer mit dem Abbau des Mittelstandsbauches bis hin zu einer Stabilisierung der sozialen Beitragslasten. Zudem müssen der Zugang zu Risikokapital erleichtert und das Dickicht von staatlicher Bürokratie wie Regulierung kräftig gelichtet werden.

Der Mittelstand ist eine ganz wichtige Säule der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft. Angesichts der immer stärkeren Globalisierung der anonymen Konzerne wird seine Bedeutung noch größer. Die längerfristige Sicherung des guten Standortes Deutschland und damit der vielen Millionen Arbeitsplätze ist nur mit mehr mutigen und weit-sichtigen „dynamischen Unternehmern“ zu schaffen. ■

Ein bisschen mehr „Germany first“ täte uns gut

von Klaus Kelle

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber viele haben sich inzwischen an Donald Trump gewöhnt. Ich meine das nicht bezogen auf seine bisweilen unkonventionelle Art, mit Staatschefs und Journalisten umzugehen, sondern auf die alltägliche Amtsführung – das Business as Usual. Seit Mitte Januar ist der Immobilien-Tycoon und einstige Castingshow-Moderator mächtigster Mann der Welt, und die ist seither gar nicht untergegangen. Einreiseverbote für Muslime, Mauerbau an der Grenze zu Mexiko, neue Gesundheitsreform – das alles kann man bisher getrost als Rohrkrepierer verbuchen. Seine Nahost-Reise nach Saudi-Arabien und Israel war aus meiner Sicht erfolgreich und durchaus klug durchdacht. Bei der Auswahl

des Spitzenpersonals seiner Administration gab es einige brillante Besetzungen und einige Totalausfälle wie den ersten Sicherheitsberater. Trump und sein Justizminister werden wohl auch keine Freunde mehr.

Aber was ich sagen will: Das ist nichts Ungewöhnliches, vergleichbare Vorgänge gab es auch bei Präsidenten vorher. Die Welt ist nicht untergegangen, es ist kein Krieg ausgebrochen und die Wirtschaft in den Vereinigten

Staaten läuft prima. So what?

Man muss sich als Deutscher immer mal wieder klar-machen, dass ein US-Präsident in erster Linie etwas für sein eigenes Land und das Wohlergehen seiner Bürger erreichen will. Globalisierung, Klimarettung, überstaatliche Institutionen – all das ist für den Mann nachrangig. Und das kommt uns hier in Europa seltsam vor, dass da einer „America first“ zum Maßstab macht.

Nun können wir das beklagen und Trump dafür mit Hohn und Spott übergießen. Oder wir könnten nachdenken, ob uns ein wenig mehr „Germany first“ nicht auch gut tun würde. ■

Klaus Kelle

ist regelmäßiger Kolumnist bei *FOCUS ONLINE* und selbstständiger Medienunternehmer www.kellecom.de



Erstveröffentlichung:
The GermanZ

CDU-Präsidiumsmitglied und Finanzstaatssekretär Jens Spahn empfing in seinem Berliner Büro BDS-Präsident Günther Hieber zu einem Gedankenaustausch



Spahn: Mittelschicht entlasten

CDU-Spitzenpolitiker sieht begrenzten Spielraum für Steuersenkungen und will erfolgreiche Finanzpolitik fortsetzen – Kritik an Steuerplänen der SPD

Er ist der Shootingstar der CDU. Die Rede ist von Jens Spahn, 37 Jahre jung und bereits Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung betitelte ihn als „CDU-Hoffnungsträger“ und schrieb über das „Spahn-Prinzip“: „Der Finanzpolitiker Jens Spahn rebelliert mit kalkulierten Angriffen gegen die Kanzlerin – und ist damit so präsent wie niemand sonst in der CDU. Trägt ihn diese Taktik ins Kanzleramt?“

Grund genug also für BDS-Präsident Günther Hieber und Hauptgeschäftsführer Joachim Schäfer, das Gespräch mit Jens Spahn zu

„Martin Schulz gehe es um Steuererhöhungen auf breiter Front.“

suchen, um zu eruieren, wo die Arbeitsschwerpunkte in der Wirtschafts- und Finanzpolitik des CDU-Spitzenpolitikers in der nächsten Legislaturperiode liegen werden.

Angesprochen auf das Steuerkonzept der SPD, nach dem höhere Belastungen für Spitzenverdiener und eine Reichensteuer vorgesehen sind, um im Gegenzug niedrige Einkommen zu entlasten, reagiert Jens Spahn spöttisch: Martin Schulz gehe es um Steuererhöhungen auf breiter Front. Zahlen sollten all diejenigen, die jetzt schon mehr als die Hälfte des Aufkommens aus der Einkommensteuer tragen. „Also die Mittel-

ständler und nicht irgendwelche anonymen Reichen.“ Wer glaube, nur mit einer Reichensteuer könne man die von der SPD geplanten Mehrausgaben im Milliardenbereich finanzieren, der glaube auch an Ammenmärchen, ironisierte Spahn. Die SPD verfare nach dem Motto „im Himmel ist Jahrmarkt“. O-Ton Spahn: „Eine solide Finanzpolitik sieht anders aus.“

Dagegen wolle die Union den erfolgreichen Finanzkurs aus ihrer Regierungszeit fortsetzen. Seit vier Jahren verzeichne Deutschland einen ausgeglichenen Haushalt, was auch weltweit einmalig sei. Aufgrund der Steuermehreinnahmen – auch im Jahr 2017 – brauche man



keine höheren Steuern, sondern es gäbe einen begrenzten Spielraum von rund 15 Milliarden Euro, um den Solidaritätszuschlag schrittweise abzubauen und um die Mittelschicht zu entlasten. Deshalb verstehe er auch nicht die Diskussion um einen höheren Spitzensteuersatz, der aus guten Gründen von Rot-Grün gesenkt worden sei, hob der Finanzstaatssekretär hervor. Er könne sich vorstellen – so Spahn weiter –, dass der Spitzensteuersatz erst ab einer Größenordnung jenseits von 60.000 Euro greife.

BDS-Präsident Günther Hieber bat Jens Spahn, die Ein-Prozent-Regelung beim privat genutzten Dienstfahrzeug erneut auf den Prüfstand zu stellen. Es könne nicht sein, argumentierte Hieber, dass bei der jetzigen Verfahrensweise der Listenpreis und nicht der Kaufpreis angesetzt werde. Diesem Ansinnen wollte Jens Spahn nicht folgen. Dieses Thema stehe nicht auf der Agenda des Finanzministeriums. Stattdessen sei es

doch Anlass zur Freude, dass auf Initiative der Union die Grenze für die Abschreibung von GWG´s auf 800 Euro verdoppelt worden sei und dass man den Mittelstand bei der Kalten Progression in den letzten Jahren um einige Milliarden Euro entlastet habe.

Aber noch ein anderes Thema sei für ihn wichtig, betonte Jens Spahn: Die Generationengerechtigkeit. Wenn die heute 30- bis 50-jährigen in Rente gingen, kämen auf einen Ruheständler nur noch zwei Beitragszahler, statt wie bisher drei. Die jetzige Koalition habe mit Blick auf den demografischen Wandel mit der Flexi-Rente bereits ein ganz wichtiges Signal gesetzt. Da immer weniger junge Fachkräfte dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stünden, brauche man verstärkt die Arbeitsleistung der älteren Arbeitnehmer. Dabei gehe es ihm nicht um die Rente mit 70, sondern um verstärkte Anreize, länger zu arbeiten. Deshalb habe man auch den Arbeitslosenversicherungsbeitrag abgeschafft für

„Die Rentenproblematik eignet sich nicht als Wahlkampfthema. Es geht nicht um kurzfristige Beruhigungspillen für die eigene Klientel, sondern darum, das Rentensystem insgesamt auf den Prüfstand zu stellen.“

Menschen, die bereits Rente beziehen, aber weiterhin beruflich tätig sind. Er mache sich dafür stark, unterstrich Jens Spahn, die betriebliche Altersvorsorge als Ergänzung zur gesetzlichen Rente zu stärken.

Die Rente mit 63 sehe er ausgesprochen kritisch, betonte Jens Spahn, weil von dieser Regelung vor allem gut verdienende Facharbeiter profitierten. Das koste doppelt: Fehlende Beitragszahlungen auf der einen und hohe Rentenzahlungen auf der anderen Seite. Gleichwohl eigne sich die Rentenproblematik nicht als Wahlkampfthema. Es gehe nicht um kurzfristige Beruhigungspillen für die eigene Klientel, sondern darum, das Rentensystem insgesamt auf den Prüfstand zu stellen. Im Gegensatz zur Kranken- oder Pflegeversicherung sei bei der Rente allerdings eine Systematik gefunden worden, die bis ins Jahr 2030 trage. Dieses jetzt grundsätzlich in Frage zu stellen, wäre fatal, so das Credo des CDU-Präsidiumsmitglieds. A.S. ■

IMPRESSUM

Der Selbständige

ISSN 0946-3224

Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen/Deutscher Gewerbeverband

Hrgs: Bundesverband der Selbständigen – Reinhardtstrasse 35, 10117 Berlin
Telefon (030) 280491-0/Fax -11

Redaktion: Joachim Schäfer (verantwortlich),
Thomas Brüggemann, Anita Schäfer
Layout & © Titel: Joachim Schäfer

Fotos: J. Schäfer, Bettina Ausserhofer,
H.-J. Großimlinghaus

Erscheinungsweise: 10 x jährlich
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Berlin
Bezugsbedingungen:

Die Zustellung des E-Papers ist durch den Mitgliedsbeitrag zum BDS abgegolten. Bei Nichterscheinen des E-Papers infolge höherer Gewalt bestehen keine Ersatzansprüche.

© by: Bundesverband der Selbständigen

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Vorlagen und Zeichnungen übernehmen wir keine Gewähr. Die Urheberrechte an Annoncen (bei eigener Gestaltung), Entwürfen, Fotos und Vorlagen sowie der gesamten grafischen Gestaltung bleiben Bundesverband der Selbständigen und dürfen nur mit ausdrücklicher, schriftlicher Genehmigung weiterverwendet werden.

Briefe und Manuskripte an:

Bundesverband der Selbständigen –
Reinhardtstrasse 35, 10117 Berlin
Telefon (030) 280491-0/Fax -11
Internet: www.bds-dgv.de
E-Mail: info@bds-nrw.de

Hinweis: In allen Fällen, in denen die neue Rechtschreibung mehrere Schreibweisen zulässt, wird die von der Dudenredaktion empfohlene Schreibung angewandt.



CDU-Präsidiumsmitglied Jens Spahn hält gesetzliche Regeln für muslimische Gemeinden in Deutschland für notwendig und forderte in einem Gespräch mit den Zeitungen der Funke Mediengruppe ein Islamgesetz. Mit seinem Vorschlag irritierte Spahn auch die eigene Partei. Fraktionschef Volker Kauder hat die Sache für unnötig erklärt, Regierungssprecher Steffen Seibert hat sie für die Regierung ausgeschlossen und Ex-Generalsekretär Ruprecht Polenz hat den Spahn-Vorschlag als „populistische Schnapsidee“ bezeichnet. All diese Kritik schreckt den 37-jährigen Finanzstaatssekretär nicht, wie er in einem Gespräch mit Joachim Schäfer deutlich machte.

? Was soll denn nach Ihrer Vorstellung ein Islamgesetz beinhalten?

Jens Spahn: Wir wissen nicht, was in den Moscheen gepredigt wird. Ich kann mich mit keinem Imam in meiner Heimat auf Deutsch unterhalten, viele davon werden aus dem Ausland geschickt oder bezahlt. Es gibt in Deutschland türkische und marokkanische Moscheegemeinden, aber keine deutschen. Wer von Ungläubigen und nicht von Andersgläubigen redet, der legt die Grundlage für Terror und Hass. Es geht nicht nur darum, dass kein Hass gepredigt wird, vielmehr müssen wir fragen, ob die Predigten in den Moscheen gegen unsere offene Gesellschaft gerichtet sind oder ob sie Mut machen, sich bei uns einzubringen. Das wäre eine wichtige Voraussetzung für Integration und Zusammenleben statt Nebeneinanderherleben.

? In einem Bericht von Welt-Online ist zu lesen, dass Sie ein Verbot der Vollverschleierung fordern, über sich selbst sagen, Sie seien „Burkaphob“, warnen vor gesellschaftlichen Konflikten mit Islamgläubigen und nennen Ehen mit 10- beziehungsweise 12-jährigen Kindern „Kindesmissbrauch“. Wagen Sie mit diesen Positionen nicht doch einen kontrollierten Konflikt mit der Bundeskanzlerin?

Zentrale Herausforderung

Jens Spahn: Freiheit nicht auf dem Altar falsch verstandener Toleranz opfern

Jens Spahn: Kinder gehören in die Schule und nicht an den Traualtar. Da gibt es eine große Übereinstimmung in unserer Partei und deshalb haben wir per Gesetz alle Ehen mit unter 16-Jährigen für nichtig erklärt. Die Auseinandersetzung mit einem konservativ-radikalen Islam ist überall in Europa die zentrale Herausforderung. Wir dürfen unsere freie Gesellschaft nicht auf dem Altar falsch verstandener Toleranz opfern.

? Wieviel Zuwanderung kann Deutschland noch vertragen? Wo liegt die Grenze der Aufnahmekapazität?

Jens Spahn: Zuwanderung muss gesteuert werden und sich nach dem Bedarf am Arbeitsmarkt richten. Gleichzeitig müssen wir Zuwanderung in die Sozialsysteme verhindern. Leider sind in den letzten Jahren hunderttausendfach Menschen, die keine Flüchtlinge sind, unter Missbrauch des Asylrechts nach Deutschland gekommen. Sie sind vielfach nicht besonders qualifiziert und sehr schwer in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Ich verstehe jeden, der sich auf den Weg macht, um hier ein besseres Leben zu suchen. Aber die ehrliche Ansage ist: Wir können nicht jedem helfen. Irgendwann ist jede Gesellschaft überfordert. Hinzu kommt: Ein Elektriker aus Syrien ist etwas anderes als ein Elektrikergeselle in Deutschland. Hier wird mit Hochtechnologie ausgebildet und gearbeitet. Das ist in den Herkunftsländern nicht der Fall.

? FDP-Chef Christian Lindner fordert ein Zuwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild. Können Sie sich mit seiner Forderung anfreunden?

Jens Spahn: Jein. Würde Deutschland das kanadische Punktesystem übernehmen, dann käme es nur auf die Qualifikation an. Ob jemand einen Arbeitsplatz hat, wäre egal. Mit anderen Worten: Der Zuwanderer ist zwar gut qualifiziert, hat aber keinen Job und wandert so möglicherweise auch in die Sozialsysteme ein. Ich plädiere deshalb dafür, dass eine Zuwanderung nur dann erfolgen kann, wenn auch ein Arbeitsvertrag vorliegt. Ich bin aber ziemlich sicher, dass wir uns in dieser Frage sehr schnell mit der FDP einig werden.



? Wie bewerten Sie die umstrittenen Thesen von Thomas de Maizière zur deutschen Leitkultur?

Jens Spahn: Die Diskussion, die Thomas de Maizière angestoßen hat, wird heute weit aus gelassener geführt als noch vor fünfzehn Jahren, weil immer mehr Menschen im Land spüren, dass wir gerade in einer vielfältigen Gesellschaft Werte brauchen, die auf unseren Prinzipien, unseren Traditionen und unserer Kultur beruhen. Im Kern geht es um nur eine Frage: Wollen wir gemeinsam die Zukunft unseres Landes gestalten oder leben wir nebeneinander her – oder gar gegeneinander? Parallelgesellschaften können wir nicht akzeptieren. Wer will, dass sich hier in Deutschland seine Frau voll ver-

schleiert, der ist im falschen Land. Meine Vorstellung von einem vernünftigen gesellschaftlichen Zusammenleben ist eine andere.

? Zitat Jens Spahn: „Mehr Family-Mainstreaming statt immer nur Gender-Mainstreaming – das wäre mal was.“ Was verbirgt sich hinter dieser Botschaft?

Jens Spahn: Wir führen mittlerweile sehr kleinteilige Debatten, wenn es um das sogenannte Gender-Mainstreaming geht. Ich finde, dass wir den Hauptfokus auf die Familienpolitik richten sollten, denn der größte Teil der Deutschen lebt immer noch in einem klassischen Familienverbund. Ich kämpfe für die gesellschaftliche Akzeptanz der Familien und für diejenigen, die sich der Kindererziehung widmen. Mittlerweile genießen gleichgeschlechtliche Partnerschaften ebenso Anerkennung und Respekt, wie die vollzeiterziehende Mutter. Dass sich eine Mutter rechtfertigen muss, weil sie zu Hause bleibt, um ihre Kinder zu erziehen, ist nicht meine Vorstellung von einer vernünftigen Familienpolitik.

? All Ihre Aussagen klingen so, als ob Sie das konservative Profil der CDU schärfen wollen...

Jens Spahn: Wenn es darum geht, zu unseren Werten zu stehen, zu Verlässlichkeit und Zusammenhalt in der Familie, zu Leistungsbereitschaft und dazu, dass Freiheit nicht nur bedeutet, ich mache, was ich will, sondern ich habe auch eine Verantwortung für mich und andere, dann bin ich in diesem Sinne sehr gern konservativ. ■



Mit Jens Spahn sprach Joachim Schäfer

Laudatio auf Wolfgang Clement

Heinrich-Pesch-Preis für ehemaligen Superminister

Wir verleihen heute den Heinrich-Pesch-Preis an Sie, sehr geehrter Herr Clement. Mir ist aufgetragen, aus diesem Anlass zu Ihnen zu sprechen. Ich habe den Auftrag sozusagen in vor-konziliärer Demut angenommen, also ohne Zögern und Widerspruch.

Das Motiv ist nicht in erster Linie die nachbarschaftliche Verbundenheit - leben wir doch unweit von hier im Dreieck der ehemaligen Botschaften des Staates Israel, der Republik Südafrika und, irgendwie passend zu dieser Veranstaltung, der ehemaligen Apostolischen Nuntiatur.

Diese Nachbarschaft steht sinnbildlich für die Bonner Republik. Sie ist Geschichte. Aber es ist zulässig, bisweilen notwendig daran zu erinnern, dass sie die entscheidenden Grundlagen für unser heutiges Deutschland gelegt hat.

Diese Grundlagen sind nicht zuletzt christlich. In einer Verfassung des herrschenden Zeitgeistes wären die Anrufung Gottes und die Anerkennung der unbedingten Würde des Menschen kaum zu erwarten. Ernst-Wolfgang Böckenförde hat in seinem bekannten Diktum formuliert, der freiheitliche Staat lebe von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren könne: „Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist.“

Es sind diese Grundlagen, die den Frieden in Freiheit, das Recht, den Wohlstand und auch den sozialen Ausgleich wesentlich mitbegründet haben. Das zeichnet unser Gemeinwesen aus, das macht unser Gemeinwesen lebenswert.

Ordnen wir dieses Gemeinwesen in den Verlauf der deutschen Geschichte ein oder ziehen wir einen aktuellen europäischen Vergleich, dann befindet sich unser Land in einem guten Zustand. Freilich ist das ein Zustand, der ohne politische Vorsorge und die Weiterentwicklung auf vielen Feldern kaum dauerhaften Bestand haben wird.

Der offene Blick für die Herausforderungen der Gegenwart zeigt: Wir müssen dieses Gemeinwesen zugleich verteidigen gegen Ideologen von links und rechts und ebenso gegen religiöse Fanatiker. Ihre Bereitschaft zur Gewalt ist lange unterschätzt oder ignoriert worden. Hamburg war ein Menetekel. Mutige Polizisten mussten die Stadt vor Schlimmerem schützen.

Den Schutz vor dem politischen und religiösen Extremismus können wir aber nicht auf Polizeibeamte abschieben. Er setzt in erster Linie den Willen der politisch Verantwortlichen voraus, diese Demokratie vor ihren Feinden zu schützen. Das fordert klare Gesetze und ihren konsequenten Vollzug. Diese Pflicht ist in den Augen vieler Bürger erkennbar vernachlässigt worden, und dieses Pflichtversäumnis war zugleich ein Förderprogramm für Populisten. Auch die will hier niemand.

Mein Motiv, diese Laudatio zu übernehmen, liegt aber nicht in der politischen Reflexion oder historischen Reminiszenz. Es liegt in dem Respekt vor der Lebensleistung und der Lebensführung des Mannes, den wir heute auszeichnen.

Laudationes - es ist tröstlich, dass in diesem Kreis die grammatikalische Form und die inhaltliche Bedeutung des Begriffs nicht erläutert werden muss -, Laudationes also folgen üblicherweise einem schier endlos tradierten Muster: Umfängliche biografische Ausführungen, die nicht selten nekrologische Anmutungen auslösen, intensive Beschreibung der Großtaten, ggf. der Veröffentlichungen des zu



Das Auditorium: Viel Prominenz gab Wolfgang Clement die Ehre

Ehrenden, abschließend die soziale, politische oder wissenschaftliche Canonisierung.

Ein solches Vorgehen würde unserem Preisträger kaum gefallen. Er stammt aus dem sehr bodenständigen westfälischen Teil des Ruhrgebiets. Diese mentale Prägung und der Lebensweg passen zusammen.

Ihm dürfte weit eher das wohl höchste Prädikat zusagen, das der hier verbreitete rheinische Bürgersinn für seine Mitbürger kennt: Die Bezeichnung "normal". Das heißt: Unprätentiös, dem beruflichen Erfolg zum Trotz Bürger unter Bürgern, Mitmensch mit Bodenhaftung.

Der Lebenslauf von Wolfgang Clement ist beeindruckend, und immer noch entwickelt er ungebremst vielfältige Aktivitäten. Er beweist zehn Jahre nach Überschreitung dieser vermeintlichen „Altersgrenze“ eindrucksvoll, dass die Leistungsgrenze mit 67 Jahren längst nicht immer erreicht oder gar endgültig überschritten sein muss. Auch das wird noch Thema sein.

Geboren und aufgewachsen ist Wolfgang Clement in Bochum. Mehr Ruhrgebiet geht kaum. Seine Begeisterung für den VfL Bochum kann nicht allein mit Jugenderinnerungen und fußballerischem Interesse erklärt werden.

Für den sportlichen Insider ist sie auch Ausweis von Leidenschaft und einer spezifischen Treue, die nur der wahre, der authentische Fan verstehen kann. Ich jedenfalls, lieber Herr Clement, wünsche Ihnen eine erfolgreiche, sorgenfreie Saison unter Ihrem neuen Trainer. Soviel Persönliches muss auch an diesem Tag erlaubt sein.

Nach dem Jura-Studium in Münster arbeitete unser Preisträger für wichtige und große Regionalzeitungen, zuletzt, bis 1989, als Chefredakteur der „Hamburger Morgenpost“.

Ein Jahr nach der Begründung der sozial-liberalen Koalition in Bonn trat Wolfgang Clement 1970 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bei. Unter wechselnden Parteivorsitzenden engagierte er sich nachhaltig und erfolgreich. 1999 wurde er zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt.

Manche Politiker und Politikerinnen verdanken ihren Aufstieg vorwiegend oder ausschließlich situationsbedingten Zufälligkeiten, feingesponnenen Intrigen, Seilschaften oder schlicht der Protektion. Das

ist ein parteiübergreifendes Phänomen. Helmut Kohl war bekannt für bisweilen spontan getroffene Personalentscheidungen, vorzugsweise bei der Berufung von Ministerinnen. Er hat sich dazu im Nachhinein nicht mehr geäußert, jedenfalls nicht öffentlich. Ähnlich verhielt und verhält es sich mit manchen Personalentscheidungen in der SPD.

Von solchen Karrierehilfen kann bei Wolfgang Clement keine Rede sein. Den „Weg nach oben“ hat er Schritt für Schritt genommen. Er war Staatssekretär, Landtagsabgeordneter, Minister, Ministerpräsident, Bundesminister. Über viele Jahre fordert ein solcher Weg Tag für Tag Einsatzbereitschaft, Disziplin, Fleiß - und ist immer mit der Gefahr des Stolperns oder gar des Absturzes verbunden.

Wolfgang Clement ist nie nachhaltig gestolpert, auch, weil seine mit beeindruckender Rhetorik verbundene Sach- und Fachkompetenz keinen Zweifel aufkommen ließ. Manche haben diese Kompetenz gefürchtet, anderen hat sie förmlich Neid und Missgunst aus den Poren treten lassen. Wir wissen: Neid muss man sich erarbeiten, nur Mitleid bekommt man geschenkt.

Ich habe Wolfgang Clement bei den Verhandlungen über den Einigungsvertrag im Jahre 1990 in Berlin, genauer: damals noch Ost-Berlin kennengelernt. Im Jahr zuvor hatten manche noch das realitätsferne und böse Wort gebraucht, die Wiedervereinigung sei die Lebenslüge der Bundesrepublik.

Einige am Verhandlungstisch hatten inzwischen ihr Herz für die deutsche Einheit entdeckt. Manche traten in dieser Situation emotionsgeladen auf, wollten merkwürdige Verhandlungsschwerpunkte setzen.

Im Unterschied dazu argumentierte er als Chef der Staatskanzlei von Nordrhein-Westfalen so, wie es die Lage erforderte: Auch in Würdigung der historischen Stunde sachorientiert, rational, frei von fragwürdiger Geschichtssymbolik und von aufgesetzter Bedeutsamkeit.

Das unterschied ihn von anderen am Verhandlungstisch. Hier zeigten sich Grundzüge seiner Persönlichkeit und seines Verständnisses von zukunftsorientierter politischer Verantwortung, die er auch später in wichtigen Situationen bewies.

In den Medien schon länger als „Kronprinz“ von Ministerpräsident Rau gehandelt, wurde Wolfgang Clement schließlich im Mai 1998 dessen Nachfolger. Sicher tritt man weder ihm noch anderen Beteiligten zu nahe, wenn man seine Koalition mit den Grünen auch im Rückblick nicht unbedingt als Liebesbeziehung bezeichnet - im Gegenteil. Er hat unter dieser Beziehung förmlich gelitten - und keineswegs nur wegen energiepolitischer Streitfragen.

Den teilweise öffentlichen Verwerfungen zum Trotz kam der Spitzenkandidat Clement mit seiner Partei bei den Landtagswahlen 2000 auf 42,8 Prozent der Stimmen. Ein solches Ergebnis konnte die SPD in Nordrhein-Westfalen bis heute bei keiner der folgenden vier Landtagswahlen erreichen.

Sein Heimatland und im Besonderen das Ruhrgebiet mit seinen großen Zukunftsherausforderungen liegen dem Vernunftmenschen Wolfgang Clement unverändert am Herzen, obwohl er 2002 nach Berlin wechselte. Er folgte dem Ruf des wiedergewählten Bundeskanzlers Gerhard Schroeder und trat in das Bundeskabinett ein. Sein langjähriger Vertrauter Georg Wilhelm Adamowitsch begleitete ihn als Staatssekretär.

Wolfgang Clement wurde, wie es die Presse plakativ formulierte, „Superminister“. Sein neues Ministerium fasste die Zuständigkeiten des Wirtschafts- sowie des Arbeits- und Sozialministeriums zusammen. Er erhielt damit umfassende, in dieser Breite bis dahin nicht bekannte Kompetenzen. Die Notwendigkeit, die hinter dieser Lösung stand, sollte sich bald erschließen.

Im Jahre 2017 erscheint die damalige Lage der Bundesrepublik nachgerade unwirklich. Deutschland galt vor 15 Jahren als „der kranke Mann Europas“. Heute ist die Bundesrepublik die „Wachstumslokomotive des Kontinents“, wie die FAZ kürzlich formulierte.

Die wundersame Wandlung von der, wie die Amerikaner sagen, „Lame Duck“ zum wirtschaftlichen Vorbild war gewiss nicht Folge der Energiewende, der im Kern missglückten Euro-Rettung oder einer lange unkontrollierten Zuwanderung.

Der damalige Befund hatte vielfältige Ursachen. Eine dieser Ursachen hieß Oskar Lafontaine, SPD-Vorsitzender. Das soll hier nicht im Detail beschrieben werden, auch mit Rücksicht auf dieses schöne Ereignis und das Wohlbefinden unseres Preisträgers.

Lafontaine versuchte, die Regierung Schroeder auf eine nachfrageorientierte Fiskal- und Schuldenpolitik festzulegen. Auch die Verhinderung beziehungsweise Rücknahme von Gesetzen, mit denen die Regierung Kohl soziale Leistungsgesetze begrenzen und mittelständische Betriebe entlasten wollte, hing mit dem Namen Lafontaine zusammen. Übrigens hatte Bundeskanzler Kohl seine Reformpolitik mit einer Rede begleitet, die er zur Wiedereröffnung des Heinrich-Pesch-Hauses in Ludwigshafen hielt.

Als sich Lafontaines persönliche Erwartungen nicht erfüllten und ihm bewusst wurde, dass der Kanzler Gerhard Schroeder hieß, warf er hin und trat zurück. Sein weiterer Weg ist bekannt. Wolfgang Clement attestierte ihm später, Lafontaine habe „keinen Anstand“.

Nach den Bundestagswahlen 2002 musste Schroeder das Ruder herumreißen - und Wolfgang Clement sollte es richten. „Goldene Jahre“, so noch einmal die FAZ, erleben wir heute. Die wichtigste Grundlage dafür hat die Agenda 2010 geschaffen, das mutigste Reformprojekt der letzten Jahrzehnte. Sie ist untrennbar mit dem Namen unseres Preisträgers verbunden.

In einer Regierungserklärung vom März 2003 kündigte Bundeskanzler Schroeder weitreichende Einschnitte in den Sozialstaat an: „Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung des Einzelnen fordern müssen.“

Schroeder brach damit Regeln der Sozialdemokratie, die bis dahin als ehern galten. Er brach überhaupt mit einer jahrzehntealten Tradition bundesdeutscher Sozialpolitik, die nachhaltigen Nejustierungen im Hinblick auf den ökonomischen, sozialen und demografischen Wandel ausgewichen war.

Diese Sozialpolitik schien ihre stetig wachsenden und wenig zielgenauen Segnungen in erster Linie an Interessen- und Wählergruppen auszurichten.

Vergessen schien die alte Regel Ludwig Erhards, die Sozialpolitik habe sich am wirtschaftlich Möglichen und Vernünftigen auszurichten. Das galt ebenso für die Mahnung des Sozialethikers Joseph Kardinal Höffner, es sei ein „Wahn“ anzunehmen, „dass die gesamte Wohlfahrt Staatsangelegenheit“ sei.



Der Laudator: Staatssekretär a.D. Dr. Jürgen Aretz

Niemand wird behaupten, dass die Agenda 2010 perfekt gewesen oder dass durch sie gar ideale Zustände herbeigeführt worden wären. Sie war schließlich Menschenwerk. Aber sie reagierte sehr konkret auf die bedrückende Lage am Arbeitsmarkt sowie die Herausforderungen, die sich aus dem demografischen Wandel für das Sozialsystem ergaben.

Zu ihren Konsequenzen gehörten deutliche Eingriffe in Leistungsgesetze. Sie koppelte soziale Leistungen an die tatsächliche Bedürftigkeit und suchte so auch dem verbreiteten Sozialmissbrauch entgegenzuwirken. Wolfgang Clement sprach von der „Selbstbedienung im Sozialstaat“. Begeisterung ist ihm für sein ebenso offenes wie zutreffendes Wort nicht entgegengeschlagen, vor allem nicht von seinen Parteigenossen und -genossinnen.

Die Zukunftsfähigkeit der gesetzlichen Rente sollte mit dem Einstieg in die sog. „Rente mit 67“ gesichert werden. Dieses Ziel ist in der ersten großen Koalition unter Frau Merkel gesetzlich geregelt, seitdem allerdings wiederholt verwässert worden. Unzumutbar und „ungerecht“ sei die Rente mit 67, behaupteten und behaupten viele – gerade aus dem Bereich des organisierten Sozialalarmismus.

Der Running Gag dieser moralisierenden Argumentation ist der berühmte Dachdecker, der im Alter von 67 Jahren nicht mehr auf das Dach steigen könne. Allerdings muss er das schon heute mit 65 Jahren nicht mehr tun. Es gibt viele Möglichkeiten, ältere Arbeitnehmer dank ihrer beruflichen Erfahrung und ihrer sozialen Kompetenz sinnvoll in den Betrieben einzusetzen.

Freilich muss, wie Wolfgang Clement betont hat, den Betrieben die Möglichkeit genommen werden, sich der vergleichsweise teuren älteren Arbeitnehmer auf Kosten der Allgemeinheit zu entledigen.

In einem weiteren Schwerpunkt wandte sich die Agenda den jungen Menschen zu. Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und zur Qualifikation für den Arbeitsmarkt wurden neue Bildungsangebote entwickelt.

Sehr rasch sprach die Agenda-Kritik von sozialer Kälte: Fördern ja, Fordern nein. Die Stifter des Preises, der heute vergeben wird, sehen sich dem Erbe von Heinrich Pesch und der Christlichen Gesellschaftslehre verpflichtet. Vorwürfe, die sich gegen das Agenda-Prinzip „Fördern und Fordern“ richten, sind jedenfalls durch die Christliche Gesellschaftslehre nicht gedeckt. Das müssen sich auch kirchliche Kritiker sagen lassen.

Vielmehr ist der Grundsatz „Fördern und Fordern“ eine politisch-säkulare Übersetzung der christlichen Prinzipien von Solidarität und der Subsidiarität.

Die Hilfe für den Bedürftigen ist für jeden Christen eine selbstverständliche Pflicht. Aber eine ebenso selbstverständliche Pflicht des Bedürftigen ist es, zunächst alles ihm Mögliche zu tun, um die eigene Lage zu verbessern. Nur dann darf er auf die Solidarität und die Subsidiarität des Gemeinwesens zählen.

Der Protest gegen die Agenda 2010 wurde geschmacklos, als seit 2004 „Montagsdemonstrationen“ im Besonderen gegen die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe stattfanden. Wolf-



Wolfgang Clement bei seiner Dankesrede

gang Clement sprach von einem „Missbrauch der Geschichte“ – und genau das war es.

Ein SPD-Sonderparteitag hatte die Agenda mit einer 80-Prozent-Mehrheit befürwortet, aber immer mehr Sozialdemokraten wandten sich gegen die eigene Regierung. So mancher mag sich an eine außenbeziehungsweise sicherheitspolitische Parallele erinnern fühlen. Helmut Schmidt hatte als sozialdemokratischer Bundeskanzler seinerzeit den NATO-Doppelbeschluss mit initiiert. Das kostete ihn die Kanzlerschaft, weil die eigene Partei ihn im Stich ließ.

Bundeskanzler Helmut Kohl und die CDU/CSU/FDP-Koalition haben diesen Beschluss dann umgesetzt. Er erwies sich als ein zentraler Baustein für die Wiedervereinigung Deutschlands und Europas.

Die Debatte über die Agenda 2010 ist in der SPD nicht zur Ruhe gekommen. Im Vorwahlkampf distanzieren sich selbst höchste Partei-Chargen von diesem Reformwerk. Das sind gleich zwei politische Paradoxa.

Zum einen: Gerade jetzt haben europäische Nachbarländer die Agenda 2010 als Vorbild für die Lösung eigener Probleme entdeckt. Zum anderen erscheint dieses Verhalten mit Blick auf den deutschen Arbeitsmarkt einfach grotesk.

Es wird nicht etwa eine Miturheberschaft an den unbestreitbaren Erfolgen beansprucht. Vielmehr wird insinuiert, die Agenda stehe in Teilen oder in Gänze im Widerspruch zu dem Gebot „sozialer Gerechtigkeit“.

Kaum ein Begriff wird in der politischen Diskussion so wenig hinterfragt wie die „Soziale Gerechtigkeit“. Sicher lässt sich der Begriff „Gerechtigkeit“ nicht in einem rechtspositivistischen Sinne auf die formale Gleichheit vor dem Gesetz reduzieren.

Weiter führt die Sozialphilosophie. Für sie ist die „soziale Gerechtigkeit“ ein ethischer Begriff, der seine Bedeutung durch eine bestimmte Vorstellung vom Menschen und seiner Würde gewinnt. Für den Christen leitet sie sich aus seinem Menschenbild ab, aus der Gotesebenbildlichkeit des Menschen und seiner unbedingten Würde. Jeder Mensch trägt gleichermaßen Eigen- wie Sozialverantwortung.

Das ist im Übrigen eine essenzielle Voraussetzung für die Soziale Marktwirtschaft. Sie lässt sich nicht auf ökonomische Zweckmäßigkeit reduzieren, vielmehr liegt ihrer Idee ein ganzheitlicher Ansatz zugrunde. Soziale Gerechtigkeit heißt eben auch, dass soziale Transferleistungen der individuellen Befähigung im Sinne positiver Freiheit dienen. Das kommt in dem Postulat „Fördern und Fordern“ trefflich zum Ausdruck.

Damit wird deutlich, dass nicht Transferleistungen gemeint sein können, die auf eine egalitäre Umverteilung zielen. Das hat nichts zu tun mit dem solidarischen Handeln, das der materiellen und sozialen Existenzabsicherung dient und damit der personalen Würde. Das zielt auf eine grundsätzlich andere gesellschaftliche und staatliche Ordnung.

Ideologisch motivierte Umverteilungskonzepte werden im Übrigen von der großen Mehrheit der Menschen in Deutschland abgelehnt. Wir wissen das aus zahlreichen Umfragen.

Dabei mag unsere historische Erfahrung mitspielen: Ein solches Staats- und Gesellschaftsmodell kennen wir - und es führte zu Unfreiheit und wirtschaftlichem Misserfolg. Auch unter diesem Aspekt wäre eine unvoreingenommene, sachgerechte Befassung mit der DDR-Geschichte wünschenswert - übrigens nicht nur, soweit es den linken Flügel der SPD betrifft.

Im Jahre 2005 verlor Gerhard Schroeder die Bundestagswahlen. In die Regierung der großen Koalition unter Bundeskanzlerin Merkel ist Wolfgang Clement nicht mehr eingetreten.

Die Beziehung zu seiner Partei kühlte merklich ab. Die Annäherung von wichtigen Teilen der SPD an die Links-Partei, aber auch energie- und arbeitsmarktpolitische Entscheidungen trugen zu dieser Entwicklung bei. Grundsatztreue und Richtung schienen in der SPD weithin verloren zu gehen. Was gestern nach langen Diskussionen mit großer Mehrheit beschlossen wurde, war am nächsten Tag unsozial, ungerecht oder - Höhepunkt teuflischen Wirkens - „neoliberal“.

Der Bruch kam 2008 anlässlich der Landtagswahlen in Hessen. Für viele Beobachter war sie der Beginn des Niedergangs der SPD insgesamt.

Wolfgang Clement sah schwerwiegende energie- und arbeitsmarktpolitische Differenzen mit der Landes-SPD. Hinzu kam der absehbare - und später tatsächlich vollzogene - Bruch des Wahlversprechens, nicht mit der „Linken“ koalieren zu wollen. Den Wählern sollte sozusagen ein „Y“ für ein U vorgemacht werden. Er warnte davor, die SPD zu wählen.

Die parteiinternen Intimfeinde sahen ihre Stunde gekommen und strengten ein Ausschlussverfahren an. Wolfgang Clement setzte sich zur Wehr und obsiegte. Einen Tag später trat er nach 38jähriger Parteizugehörigkeit aus der SPD aus.

Viele haben seinen Austritt bedauert. Andere haben seine Reaktion scharf kritisiert. Heute noch, neun Jahre später, wird Wolfgang Clement im Netz bisweilen mit kaum gezügelten Hasstiraden belegt.

Tatsächlich war sein Verhalten konsequent. Er hat das Klischee von dem unkritisch-angepassten Parteipolitiker widerlegt. Seine Haltung hat manche ermutigt, die an der sogenannten „Parteiendemokratie“ zweifelten. Es gab Anlass, das pauschale Politiker-Urteil infrage zu stellen: „So sind die“. Ob es „die“ gibt, sei dahingestellt. Unser Preisträger ist offensichtlich nicht „so“.

Wolfgang Clement hat sich von allen politischen Ämtern zurückgezogen und konsequent auch von der Partei, für die er lange Zeit viel Kraft, Engagement und sehr viel Geduld aufgebracht hat. Ein Rückzug aus der Politik war das gleichwohl nicht.

Heute ist er frei von Loyalitätsverpflichtungen und vom Zwang taktischer Rücksichtnahme. Er tut das, wozu viele Politiker ihrem subjektiven Empfinden nach zu wenig Zeit finden, wovon sie tatsächlich aber parteiübergreifend eher zurückschrecken: Den Dingen auf den Grund zu gehen, sie zu beschreiben, wie sie sind und nicht, wie es die Demoskopie, Parteitagbeschlüsse oder die eigene Karriereplanung ratsam erscheinen lassen.

Wolfgang Clement vertritt eine Überzeugung, die sich konsequent unserer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung verpflichtet sieht. Die Soziale Marktwirtschaft, zu deren Wegbereitern auch die Christliche Gesellschaftslehre gehört, hat in ihm eine klare, entschiedene Stimme. In diesem Sinne ist er führend tätig in der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Sie sieht sich dem Erbe Ludwig Erhards verpflichtet; ihr Name steht für ihr Programm.

Wolfgang Clement ist heute ein gesuchter Berater auf zahlreichen Feldern. Als Mitglied von Aufsichtsräten, Beiräten und anderen Gremien ist er wirtschaftlich engagiert.

Noch weit umfangreicher sind seine ehrenamtlichen Funktionen.

In Vorträgen, Diskussionsrunden und Publikationen vertritt er seine Positionen zu Themen, die ihm wichtig erscheinen und am Herzen liegen: Pointiert, bisweilen bewusst provozierend, immer mit klarer Kante.

Im Mittelpunkt seines Interesses und seiner Sorge steht die Zukunftsfähigkeit dieser Gesellschaft und unseres Landes - auch im europäischen Kontext. Die Themen Bildung und mittelständische Wirtschaft haben für ihn hohe Priorität.

Deutschlands Schätze liegen nicht unter der Erde, sondern, wie Wolfgang Clement unter Bezug auf Johannes Rau sagt, „zwischen den Ohren“. Unsere Zukunft hängt davon ab, dass wir grundsätzlich allen jungen Menschen die Möglichkeit geben, sich in bester Weise auf ein selbstbestimmtes Leben in einer demokratischen Gesellschaft vorzubereiten.

Das ist nicht eine Frage der Chancengleichheit, wie Wolfgang Clement sagt, sondern der Chancengerechtigkeit. Angesichts der demografischen Entwicklung ist das ebenso eine Frage, deren positive Beantwortung in unser aller Interesse liegt. Mangelhafte Bildung führt zu mangelhafter Ausbildung, und sie ist das größte Risiko im Hinblick auf Arbeitslosigkeit und persönliches Scheitern.

Wolfgang Clement hat zu diesem Themenkomplex klare Ansichten. Wie er wird wohl niemand in diesem Saal behaupten wollen, dass die Bildung in den letzten Jahrzehnten zu den Spitzenbereichen politischen Schaffens in Deutschland zählte.



Preisübergabe durch Prof. Dr. Lothar Roos

Das beginnt bereits bei der Finanzierung. Die spezielle deutsche „Rohstoffproblematik“ ist angesprochen worden. Tatsächlich aber investiert Deutschland in den Bildungsweg seiner Kinder und jungen Leute viel zu wenig. Stellen wir die Bildungsinvestitionen in Relation zur Wirtschaftskraft, so ist es ein Drittel weniger als etwa in der Schweiz.

Sogenannte Bildungsexperten und ihre politischen Lautsprecher scheinen oft Pippi Langstrumpfs Motto zu folgen: „Ich mach' mir die Welt, wie sie mir gefällt“. In der Folge sollen Grundschüler mit dem Segen der KMK eine elementare Kulturtechnik wie die Rechtschreibung so erlernen, dass sie bis auf späteres ihrem subjektiven Hörgedühl folgen dürfen.

Eine unzureichende Schulpolitik ist mitursächlich dafür, dass jährlich 50 000 junge Menschen ohne Schulabschluss bleiben - mit steigender Tendenz. Schlechte Grundschulleistungen beeinträchtigen die Möglichkeiten der weiterführenden Schulen. Das Leistungsgefälle der Abiturienten in Bremen oder Berlin beträgt gegenüber Bayern oder Sachsen etwa ein Schuljahr.

Es gibt in Deutschland unverändert hervorragende Abiturienten. Das durchschnittliche Leistungsniveau aber trägt zu hohen Abbrecherquoten an den Universitäten bei. Das gilt speziell für die MINT-Fächer. Deren Bedeutung für den Forschungsstandort Deutschland und die deutsche Wirtschaft ist offensichtlich. Niemand spricht von den vergeudeten materiellen Ressourcen. Schlimmer noch: Niemand spricht davon, was das für das Leben und den Lebenslauf der jungen Menschen bedeutet.

Unter den - Sie hören richtig - Tausenden von verschiedenen Studienabschlüssen, die inzwischen in der Bundesrepublik angeboten werden, gibt es den Studiengang „Gesundheitsmanagement“. Er führt zu einem BA resp. MA. An einer Hochschule lautete im Winter ein Semesterschwerpunkt „Die Kultur der Pause“. Das Lachen darf Ihnen im Halse stecken bleiben. Das ist keine erfundene Geschichte.

Das deutsche Bildungssystem, so Wolfgang Clement, produziere ununterbrochen Fehl- beziehungsweise Geringqualifizierte, die dann Hilfe benötigen. Er fordert verbindliche und vergleichbare Leistungsstandards, die den auch im internationalen Wettbewerb notwendigen Qualitätskriterien gerecht werden. Seinen Grimm auf die Bildungspolitik der Länder und den Bildungsföderalismus artikuliert er unüberhörbar. Die Bildungspolitik ist für ihn die Wurzel allen Übels am Arbeitsmarkt.

Letztlich wird die Bewältigung unserer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen nur gelingen, wenn die deutsche Bildungspolitik endlich aus ihrer intellektuellen Schrebergartenmentalität ausbricht. Sie muss sich ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung stellen.

Mit Verve engagiert sich Wolfgang Clement für den deutschen Mittelstand. Hier wird ausgebildet, hier werden Steuern bezahlt. Der Eifer, mit dem die Bundesarbeitsministerin in dieser Legislaturperiode den Arbeitsmarkt zu regulieren suchte, schadet gerade diesem Wirtschaftsbereich massiv. Dabei war die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt in besonderer Weise den flexiblen Regelungen zu verdanken, die aus der Agenda 2010 hervorgingen.

Den Mittelstand trifft ein weiteres, von Wolfgang Clement heftig beklagtes Defizit. Das digitale Zeitalter ist in den Köpfen vieler Verantwortlicher noch nicht angekommen. Jedenfalls ist es ein Armutszeugnis für die Bundesrepublik, wenn - Stand 2017 - außerhalb der Ballungszentren jedes dritte mittelständische Unternehmen keinen Zugang zum schnellen Internet hat.

Dazu passt, dass als Folge unserer Ausbildungsorientierung Experten im Bereich der Digitaltechnik fehlen. Allein im ersten Quartal 2017 ist eine fünfstelligen Stellenzahl für Digitalexperten ausgeschrieben worden, im Besonderen in den Wachstumsbereichen Gesundheitswesen und künstliche Intelligenz sowie im Bankwesen.

Viele dieser Stellen konnten nicht zeitnah besetzt werden. Ich möchte niemandem zu nahe treten - aber Pausen-Kundige aus dem Bereich Gesundheitsmanagement oder A-13-fixierte Sozialwissenschaftler werden diese Stellen nur im Ausnahmefall besetzen können.

Deutschland erntet derzeit die Früchte früherer Reformen. Der Deutsche Bundestag und die von einer großen Koalition getragene



Laudator Dr. Jürgen Aretz und das Ehepaar Clement (v. r.)

Bundesregierung haben es in der zu Ende gehenden Legislaturperiode offensichtlich nicht vermocht, diese Reformen nachhaltig fortzuschreiben.

Manche Fortschritte sind rückgängig gemacht oder zumindest infrage gestellt worden. Kostspielige Wohltaten wurden verteilt, deren Folgen langfristig nachwirken werden. Von einer Stärkung der Wachstumskräfte kann nicht die Rede sein.

Um ein zitiertes Bild aufzugreifen: Eine Lokomotive, die nicht unter Dampf steht, kann nicht mehr ziehen. Ihr erneutes

Anheizen kostet mehr Zeit und Geld als die Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft. Auch „politische Lokomotivführer“ sind rar. Deutschland droht die Gefahr, wieder ins europäische und inzwischen globale Mittelfeld zurückzufallen, weil es seine Aufgaben nicht zeitgerecht und nachhaltig erledigt. In seiner Zeit hat Wolfgang Clement das Notwendige geleistet.

Wolfgang Clement ging nicht gerade der Ruf eines pflegeleichten Vorgesetzten voraus. Es geht aber in der Spitze der Politik oder der Wirtschaft nicht um wechselseitige Pflege. Erstklassige Leute holen bekanntermaßen erstklassige Leute. Umgekehrt halten erstklassige Mitarbeiter auch erstklassige Chefs aus. Zu diesem Verhältnis könnten einige in diesem Raum ausführen. Zweitklassige Leute holen der angesprochenen Erfahrung zufolge drittklassige Leute. Hier sind wir bei einem verbreiteten Dilemma funktionaler Führungseliten in Deutschland. Das soll hier nicht weiter erörtert werden.

In den Jahrzehnten seines Wirkens hat Wolfgang Clement vieles angedacht, das meiste zu einem guten Ende gebracht. Nicht zuletzt mit der Agenda 2010 hat er zu Historischem beigetragen. Das ist nicht vielen Politikern möglich gewesen.

Und der Bezug zur Christlichen Soziallehre? Entscheidend ist nicht, dass die Wirtschafts-, Sozial- oder Gesellschaftspolitik nach außen demonstrativ mit den Prinzipien der Soziallehre begründet wird. Dagegen können gewichtige politische Gründe sprechen. Entscheidend ist, dass dieser Politik ein christliches, personales Bild vom Menschen zugrunde liegt, dass sie den Prinzipien der Soziallehre folgt und Wort und Tat übereinstimmen. So ist das Handeln unseres Preisträgers zu verstehen - getragen von Sachkenntnis, Überzeugung und Gradlinigkeit.

Wir verleihen den Heinrich-Pesch-Preis einem verdienten und glaubwürdigen Christen. Sein Wirken galt und gilt dem Mitmenschen oder, wie Heinrich Pesch formuliert hat, dem Menschen „inmitten der Gesellschaft“. Hier sieht Wolfgang Clement sich auch selbst. Ich gratuliere unserem Preisträger und sage zugleich herzlichen Dank. ■

Der Heinrich-Pesch-Preis ist benannt nach dem Kölner Jesuiten und Sozialphilosophen Heinrich Pesch (1854-1926), der als einer der bedeutendsten Volkswirtschaftler des frühen 20. Jahrhunderts und Begründer des Solidaritätsprinzips der katholischen Soziallehre gilt.



BDS.

Großabnehmerrabatt für BDS-Mitglieder

Abrufschein für Kfz-Neuwagen zu Sonderkonditionen der Marke Toyota anfordern

Bitte senden Sie mir einen Abrufschein unter der von mir eingetragenen Firmenadresse und meinem Namen zu. Weitere Sonderkonditionen für Kraftfahrzeuge und für andere Produkte und Dienstleistungen finden Sie im geschütztem Bereich unter: www.bds-dgv.de.

Bitte ankreuzen:



Von 18% (Lexus RX) bis zu 34% (ProAce) Nachlass je nach Fahrzeugmodell

Sie können den gewünschten Abrufschein anfordern unter:

Telefon: 0 30 / 28 04 91-0 · Telefax: 0 30 / 28 04 91-11 · E-Mail: info@bds-dgv.de

Ich bin BDS-Mitglied. Mitgliedsnummer (falls zur Hand) _____

Vorname/Nachname

Straße

Firma

PLZ/Ort

E-Mail/Telefon

Datum/Unterschrift



International gut aufgestellt

BDS Brandenburg mit der Ehrenmedaille der Stadt Skwierzyna geehrt

Der BDS Brandenburg unterhält seit mehr als 10 Jahren freundschaftliche Beziehungen zur Zunft der Handwerker und Unternehmer in Skwierzyna (Schwevin an der Warthe).

Die Stadt hat 12.500 Einwohner und liegt 60 km östlich von Küstrin an der Oder am Zusammenfluss der Obra in die Warthe.

Die Handwerkerzunft vereint wie die BDS Ortsverbände die heimischen Unternehmen und vertritt sie gegenüber Politik und Verwaltung.

Die Zusammenarbeit der Handwerkerzunft mit Skwierzynas Bürgermeister ist partnerschaftlich angelegt.

Im Rahmen der Skwierzyna-Festtage findet seit vielen Jahren traditionell der Handwerkerfesttag statt.

Die Handwerker und Unternehmer nutzen hier die Gelegenheit sich zu zeigen und um, zusammen mit den örtlichen Berufsschulen, gezielt Nachwuchs zu werben.

Bei diesem Anlass zeigte der BDS Brandenburg am Stand der Handwerkerzunft Flagge und informierte über die Geschichte des Verbandes sowie über die Vorteile der Mitgliedschaft.

Für die jahrelange Zusammenarbeit und die Förderung des Unternehmertums wurde

der BDS Brandenburg mit der Ehrenmedaille BENE MERITUS der Stadt Skwierzyna geehrt.

Traditionelles Zunftleben in Polen

Bei offiziellen und feierlichen Anlässen sind Ornat und Amtskette für Zunftälteste und Stellvertreter das sichtbare Zeichen von Würde und Reputation.

In dieser Tradition wurde der Zunftälteste von Skwierzyna, Włodzimierz Idzior, mit der höchsten Auszeichnung des polnischen Handwerks geehrt:

Ihm wurde für seine mehr als 25-jährige ehrenamtliche Tätigkeit zum Wohle des Handwerks und Unternehmertums der Ehrensäbel (Nr. 36), benannt nach Jan Kilinski, verliehen.

Die Ehrensäbel sind nummeriert, die Nr. 1 erhielt der Papst Johannes Paul II.

Jan Kilinski war der Anführer des Warschauer Aufstandes gegen die russische Garnison nach der 2. Teilung Polens 1794.



Ehrenmedaille BENE MERITUS der Stadt Skwierzyna

**KORZYŃCI Z CZŁONKOSTWA W BDS
DLA WSZYSTKICH CZŁONKÓW W BRANDENBURGII**

1. **Przebieg choroby** - przebieg choroby w okresie choroby zawodowej.
 2. **Wzrostka** - wzrostka dla wszystkich członków w wieku 18 lat.
 3. **Ubezpieczenie** - ubezpieczenie na wypadek choroby zawodowej.
 4. **Ubezpieczenie** - ubezpieczenie na wypadek choroby zawodowej.

**HISTORIA
BUND DER SELBSTÄNDIGEN / DEUTSCHER
GEWERBETREIBENDEN BUND / DGB**

1. **Historia** - historia Bund der Selbständigen / Deutscher Gewerbetreibenden Bund / DGB.
 2. **Organizacja** - organizacja Bund der Selbständigen / Deutscher Gewerbetreibenden Bund / DGB.
 3. **Struktura** - struktura Bund der Selbständigen / Deutscher Gewerbetreibenden Bund / DGB.
 4. **Statut** - statut Bund der Selbständigen / Deutscher Gewerbetreibenden Bund / DGB.



Impressionen aus Skwierzyna



EINLADUNG Ordentliche Generalversammlung am 12. November 2017 in 59439 Holzwickede, Ferdinand-Porsche-Str. 1

Gemäß § 8 Abs. 2 und 3 der gültigen Satzung des Bundes der Selbständigen (Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.) und der Bundesvereinigung mittelständischer Unternehmer e.V., dürfen wir Sie für Sonntag, den 12. November 2017, 10.30 bis 12.30 Uhr, nach 59439 Holzwickede, Ferdinand-Porsche-Str. 1, form- und fristgerecht einladen.
 Nach § 8 Abs. 3 der gültigen BDS- und BVMU-Satzung sind nur die gewählten Delegierten der BDS- und BVMU-Einzelmitglieder, der Ortsverbände sowie die Mitglieder des Vorstandes und des BVMU-Präsidiums stimmberechtigt.

TAGESORDNUNG

- 1. Eröffnung der Generalversammlung
- 2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 3. Tätigkeitsbericht der Geschäftsführung
- 4. Tätigkeitsbericht des Vorstandes
- 5. Rechenschaftsbericht des Schatzmeisters
- 6. Bericht der Rechnungsprüfer
- 7. Aussprache über die Berichte
- 8. Wahl des Vorstandes von BDS und BVMU
 - a) Vorsitzende/r
 - b) Stellvertreter/innen
 - c) Schatzmeister/in
 - d) Beisitzer/innen
- 9. Wahl der Rechnungsprüfer
- 10. Wahl des Ehrengerichts
- 11. Anträge
- 12. Bestimmung des Ortes der Generalversammlung 2018
- 13. Schlusswort

Hans-Peter Murmann
Präsident

Joachim Schäfer
Hauptgeschäftsführer

Der Samstag ist ein Werktag – oder nicht?

Oft werden die Begriffe „Werktag“ und „Arbeitstag“ synonym verwendet. Tatsächlich war der Bedeutungsgehalt für die meisten arbeitenden Menschen gleich.

In den Anfängen der Bundesrepublik Deutschland wurde die Arbeitsleistung gewöhnlich in einer 6-Tage-Woche von Montag bis Samstag erbracht. Arbeitsfrei waren nur Sonn- oder Feiertage. Das Anfang der sechziger Jahre verabschiedete Bundesurlaubsgesetz regelt denn in § 3 Absatz 2 auch:

„Als Werktage gelten alle Kalendertage, die nicht Sonn- oder gesetzliche Feiertage sind.“

Auch das Arbeitszeitgesetz unterscheidet aus dieser Logik heraus lediglich zwischen der Arbeitszeit an Werktagen einerseits und an Sonn- und Feiertagen andererseits.

Seit langem schon aber arbeiten die meisten Menschen in einer 5-Tage-Woche. In der ehemaligen DDR wurde 1965 die 5-Tage-Woche per Gesetz eingeführt. In der Bundesrepublik Deutschland vereinbarten die Tarifpartner die Einführung der 5-Tage-Woche 1957 in der Zigarettenindustrie, 1965 in der Druckindustrie, 1967 in der Metallindustrie und in der Holzverarbeitung. Es folgten 1969 die Baubranche, 1970 die Chemie-, Papier- und Textilindustrie, 1971 der Einzelhandel, 1973 die Versicherungen, 1974 die Banken und der öffentliche Dienst und schließlich 1983 die Landwirtschaft. Ferner setzte sich ab Anfang der siebziger Jahre in den Schulen die 5-Tage-Woche durch. Damit hatte sich die Lebenswirklichkeit des überwiegenden Teils der deutschen Bevölkerung gravierend verändert, aus einem bis dahin üblichen Werk- oder Arbeitstag wurde ein freier Tag und vielfach wird der Samstag nicht mehr als Werktag wahrgenommen.

In der Rechtsprechung hingegen wird überwiegend an dem bisherigen Werktagbegriff festgehalten und der Samstag weiterhin einbezogen.

So sah es etwa das Oberlandesgericht Hamm (Beschluss vom 7. März 2001, Az.: 2Ss OWi 127/01). Das Gericht hatte sich mit einem Fall auseinanderzusetzen, in dem ein Verkehrsteilnehmer an einem Samstag eine Geschwindigkeitsbeschränkung überschritten hatte, die ein Schild mit dem Zusatz anordnete:

„werktags von 7.00 Uhr bis 20.00 Uhr“.

Nach Ansicht des Oberlandesgerichts Hamm soll der Samstag auch heute noch im allgemeinen Sprachgebrauch ein "Werktag" sein, und zwar unabhängig davon, ob dieser Tag ein Arbeitstag sei oder nicht.

Diese Auffassung bestätigte zunächst auch der Bundesgerichtshof in seiner Entscheidung vom 27. April 2005 (Az: VIII ZR 206/04). In einer mietrechtlichen Angelegenheit kam es in der Sache auf die Frage an, ob der Samstag - als Werktag - bei der Berechnung der Kündigungsfrist zu berücksichtigen war. Einige Gerichte und auch Stimmen in der juristischen Literatur hatten den Samstag nicht als Werktag angesehen. Das höchste deutsche Zivilgericht war jedoch anderer Meinung. Zur Begründung führte es aus, dass nach dem gesetzlichen und dem allgemeinen Sprachgebrauch der Samstag ein Werktag sei. Das Gericht bezog sich zur Begründung auf die Formulierung im Bundesurlaubsgesetz und u.a. auf Definitionen, die zum Zeitpunkt der Urteilsfindung im Brockhaus und Duden zu finden waren, wonach der Werktag übereinstimmend erläutert wurde als

„Tag, an dem allgemein gearbeitet wird (im Unterschied zu Sonn- und Feiertagen); Wochentag“.

Neuerdings sind jedoch erste Absetztendenzen erkennbar.

Denn wenn es um die Bezahlung der Miete geht, gilt der Samstag nach einer jüngeren Entscheidung des Bundesgerichtshofes nicht (mehr) als Werktag (Urteil vom 13. Juli 2010, Az.: VII ZR 291/09).

Das Gericht stellte in seiner Entscheidung erstmalig auf die tatsächlichen Ar-

beitstage ab. Nach dem Gesetz hat der Mieter die Miete bis zum 3. Werktag eines jeden Monats zu leisten. Heutzutage wird die Miete regelmäßig von Bank zu Bank überwiesen. Als Bankgeschäftstage gelten jedoch nur die Tage von Montag bis Freitag. Da, so das Gericht, eine Überweisung an einem Samstag weder ausgeführt noch dem Empfänger gutgeschrieben werde, würde die Berücksichtigung des Samstags als Werktag die Schonfrist für die Mietzahlung um einen Tag verkürzen. Dies widerspräche dem Schutzzweck des Gesetzes.

Damit hat das Gericht erstmals anerkannt, dass es für die Bestimmung des Werktages nicht mehr auf die Abgrenzung zum Sonn- oder Feiertag ankommt, sondern darauf, an welchen Tagen tatsächlich Arbeitsleistung erbracht wird. Diesen Maßstab folgend, kann der Samstag künftig nicht ernsthaft weiter als Werktag angesehen werden. So würde jedenfalls die für den überwiegenden Teil der arbeitenden Bevölkerung geltende Kongruenz zwischen Werktag und Arbeitstag auch in der Rechtsprechung wiederhergestellt werden. Ohne den Gesetzgeber wird es wohl aber nicht gehen, denn sonst würde sich der Mindesturlaub mit einem Schlag von 20 auf 24 Tage erhöhen und die höchst zulässige Arbeitszeit in der Woche auf 40 Stunden vermindern. ■

Rückfragen:

RA Klaus-Dieter Franzen, Fachanwalt für Arbeitsrecht, Fachanwalt für Gewerblichen Rechtsschutz
FRANZEN Legal
Domshof 8-12, 28195 Bremen
Tel.: 0421-79273-30, Fax: 0421-79273-55
E-Mail: franzen@legales.de
www.legales.de

Der Autor ist Landesregionalleiter „Bremen“ des VDAA Verband deutscher Arbeitsrechtsanwälte e. V.

MEHR ALS NUR EINE WERBEAGENTUR!



(0231) 33874133
(0231) 2265788
info@k6-medien.de



Grafik | Print | Softwarelösungen | Web | Business View | IT-Solution

www.k6-medien.de

Anzeige

FÖRDERUNGSGESELLSCHAFT des BDS-DGV mbH

Ihr kompetenter Partner im Beratungsprogramm
„Förderung unternehmerischen Know-hows“

Ausführliche Informationen im Internet unter www.foerder-bds.de oder
telefonisch unter **0228/210033**



TOYOTA

NICHTS IST
UNMÖGLICH



DER AVENSIS TOURING SPORTS. STIL. SICHERER. GESCHÄFTSPARTNER.

Serienmäßig sicher mit Toyota Safety Sense
und Pre-Collision-System.

**Exklusive Leasing Sonderkonditionen
für bezugsberechtigte Mitglieder
des Bundesverbandes der Selbständigen.**

BDS.

Bundesverband der Selbständigen

Toyota **Business
+Plus**

0,- €*

Leasingsonderzahlung

**TOYOTA
SERVICE
LEASING**

290 €* Monatlich

Technik-Service-Rate **17,16 €*****
(Wartung und Verschleißreparaturen).

AVENSIS TOURING SPORTS EDITION-S

- 17"-LEICHTMETALLFELGEN
- NAVIGATIONSSYSTEM TOYOTA TOUCH&GO2
- RÜCKFAHRKAMERA • 4,2"-TFT-MULTI-INFO-FARBDISPLAY
- KLIMAAUTOMATIK • SITZHEIZUNG VORNE
- SMART-KEY-SYSTEM
- TOYOTA SAFETY SENSE U.A. MIT PRE-COLLISION SYSTEM

- ELEKTRISCHE FENSTERHEBER VORNE UND HINTEN
- AUSSENSPIEGEL, ELEKTRISCH EINSTELL- UND BEHEIZBAR
- DACHREILING • 7 AIRBAGS (INKL. KNIEAIRBAG FÜR FAHRER)
- LENDENWIRBELSTÜTZE FÜR FAHRER, ELEKTRISCH EINSTELLBAR
- USB-SCHNITTSTELLE MIT IPOD-STEUERUNG
- VOLL-LED-SCHEINWERFER • LED-TAGFAHRLICHT
- RÜCKSITZLEHNE IM VERHÄLTNIS 60:40 GETEILT UMKLAPPBAR

*Unser Toyota Service Leasing Angebot¹ für den Avensis Touring Sports Edition-S 2,0-l-D-4D, 6-Gang-Schaltgetriebe. Leasingsonderzahlung 0,00 €, Vertragslaufzeit 36 Monate, Gesamtleistung 60.000 km, 36 mtl. Raten à 290,34 €, Technik-Service-Rate à 17,16 €. Kraftstoffverbrauch Avensis Touring Sports Edition-S 2,0-l-D-4D, 6-Gang-Schaltgetriebe, innerorts/außerorts/kombiniert 5,7/4,0/4,6 l/100 km, CO₂-Emissionen kombiniert 120 g/km. Abbildung zeigt Sonderausstattung.

¹ Ein **unverbindliches** Angebot der Toyota Leasing GmbH, Toyota-Allee 5, 50858 Köln. Entsprechende Bonität vorausgesetzt. Monatliche Leasingrate inklusive Technik-Service (Wartung und Verschleißreparaturen). **Gilt bei Anfrage und Genehmigung bis zum 28.02.2017.** Alle Angebotspreise verstehen sich auf Basis der **unverbindlichen Preisempfehlung** der Toyota Deutschland GmbH, Toyota-Allee 2, 50858 Köln, per Dezember 2016, zzgl. MwSt., zzgl. Überführung. Diese Aktion gilt nur für BDS Mitglieder in Verbindung mit einem gültigen Abrufschein des Toyota Rahmenabkommens Nr: 000272.